

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ates Gürpınar, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, Matthias W. Birkwald, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Gruppe die Linke

Verordnungsentwicklungen von Opioiden in Deutschland

Die fatale Situation in den USA zum Missbrauch, zu der Abhängigkeit und zu den Todesfällen im Zusammenhang mit Opioiden ist seit Langem bekannt. Die Lage spitzt sich zu, und die Berichte mehren sich. Dadurch geriet die Thematik trotz wesentlich höherer Reglementierung auch in Deutschland seit einigen Jahren vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit, denn Verordnungs- und Verkaufsentwicklungen zeigen ähnliche Entwicklungstendenzen wie in den USA. Der Umgang mit starken Schmerzmitteln sollte sorgfältig und evidenzbasiert erfolgen, um Abhängigkeiten zu vermeiden (DHS (Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen)-Jahrbuch Sucht 2021: 103). Opioide werden in der Schmerzbehandlung eingesetzt, wenn nichtopioidhaltige Schmerzmittel nicht ausreichen. So haben Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten weiterhin die Möglichkeit auf ein lebenswertes Leben. Die Verabreichungsformen variieren von Tabletten über Injektionen bis zu stark wirkenden Pflastern, die bei sehr starken Schmerzen zum Einsatz kommen (DHS Opiat- und Opioid-Schmerzmittel 2020). Insgesamt ist die Zahl der Verordnungen in Deutschland gestiegen, die Ursachen haben sich jedoch auch verändert, so werden Opioide auch immer häufiger leichtfertig bei Rückenschmerzen, Arthrose oder Osteoporose eingesetzt (www.aerzteblatt.de/nachrichten/134708/Verordnung-von-starken-Schmerzmitteln-nimmt-zu).

Nahezu alle Opioide unterliegen der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV). Eine Ausnahme bilden die Wirkstoffe Codein, Tramadol sowie kombiniert Tilidin und Naloxon in Tablettenform. Dadurch ist die Schwelle der Verschreibung niedriger. Die Verschreibung erfolgt personengebunden. Weitergabe und Weiterverkauf ist strafbar (DHS Opiat- und Opioid-Schmerzmittel 2020). Auch wenn die Gesamtverschreibungen von Tilidin keine drastischen Anstiege verzeichnen, sind die Zunahmen in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen seit 2018 statistisch bemerkenswert, wenn auch auf niedrigem Niveau (DHS-Jahrbuch Sucht 2021: 105 f.).

Eine angemessene Schmerzbehandlung ist komplex und nur wenige Ärztinnen und Ärzte können entsprechende Zusatzqualifikationen vorweisen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sprechen von erheblichen Wissenslücken bei der Behandlung von chronischen Schmerzen (v. a. bei Nichttumorschmerzen) mit Opioiden (HKK (Handelskrankenkasse)-Gesundheitsreport 2022: 33). Hinzu kommt ein mangelnder Austausch zwischen Schmerztherapeuten und Schmerztherapeutinnen und Suchtmedizinern und Suchtmedizinerinnen. Der ideale Weg heraus aus einer Sucht ist die Entwöhnungstherapie im Anschluss an einen Entzug (DHS-Medikamentenabhängigkeit 2020: 42 f.).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Opioide wurden nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich verordnet (bitte für den Zeitraum von 2010 bis 2023 mit Angabe der einzelnen Opioide nennen)?
 - a) Für welche dieser Substanzen müssen Verordnung, Bezug und Abgabe der Bundesopiumstelle angezeigt werden (Dokumentation nach der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung)?
 - b) Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?
2. Wie hat sich die Zahl der Opioidverordnungen nach Kenntnis der Bundesregierung in den einzelnen Indikationen entwickelt (bitte für den Zeitraum von 2010 bis 2023 nennen)?
3. Inwiefern besteht nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland insgesamt eine Situation der Über- oder Unterversorgung mit Opioiden (bitte ggf. nach relevanten Teilbereichen splitten)?
4. Welche Maßnahmen gibt es vonseiten der Bundesregierung, um eine Über- oder Unterversorgung zu verhindern oder zu bekämpfen (bitte ggf. nach relevanten Teilbereichen splitten)?
5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Verordnungsvolumen von Opioiden zur Behandlung von Menschen am Lebensende entwickelt (bitte wenn möglich jährliche Zahlen aus den vergangenen zehn Jahren angeben)?
6. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung zu der Anzahl der opioidabhängigen Schmerzpatienten und Schmerzpatientinnen in Deutschland, und welche Maßnahmen zieht die Bundesregierung zur besseren Behandlung in Betracht?
7. Wie bewertet die Bundesregierung den Anstieg der Opioidverschreibungen aufgrund chronischer Nicht-Tumorschmerzen?
8. Wie bewertet die Bundesregierung den Wissensstand der Medizinerinnen und Mediziner in Bezug auf die Behandlung von chronischen Schmerzen (v. a. bei Nicht-Tumorschmerzen) mit Opioiden?
9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Fortbildungsmaßnahmen der Ärztekammern in Bezug auf Opioidbehandlung insbesondere bei Nicht-Tumor-Patienten und Nicht-Tumor-Patientinnen?
10. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung eine Aufschlüsselung im Drogenbericht, die die Abhängigkeiten von Opiaten nach Schmerzmittelbehandlungen berücksichtigt, und wenn nein, warum nicht?
11. Welche Maßnahmen werden von Seiten der Bundesregierung ergriffen, um eine Situation wie die Opioidkrise in den USA in Deutschland zu verhindern?
12. Wie definiert die Bundesregierung in Anbetracht stärkerer Regulierungen in Deutschland als in den USA eine Opioidkrise in Deutschland?
 - a) Welche Indikatoren werden hierfür untersucht?
 - b) Wie soll in Zukunft reagiert werden?
13. Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung ähnlich wie in den USA von Pharmaunternehmen gezielt Einfluss auf Ärzte und Ärztinnen genommen, um auf ihre Produkte hinzuweisen?
14. Sind der Bundesregierung deutsche Firmen bekannt, die letztgültig einem Mitglied oder mehreren Mitgliedern der Sackler-Familie gehören?

15. Beobachtete die Bundesregierung über die vergangenen Jahre den finanziellen Einfluss von Pharmaunternehmen in der Medizin (beispielsweise durch Sponsoring von Veranstaltungen wie dem deutschen Schmerzkongress, Preisverleihungen wie dem deutschen Schmerzpreis und Vereinen wie der Deutschen Schmerzgesellschaft), und wenn ja, welche Beobachtungen machte sie, und welche Konsequenzen plant sie daraus zu ziehen?
16. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Informationen zu Missbrauch von zugelassenen Opioiden besonders bei jungen Menschen als „Ersatzdroge“, welche Maßnahmen plant die Bundesregierung hierzu?
17. Wie viele Menschen sind infolge einer Überdosierung durch Opioiden in Deutschland verstorben (bitte seit dem Jahr 2009 und nach Opioiden auflisten)?
18. Welche stark wirkenden Schmerzmittel bringen nach Kenntnis der Bundesregierung den höchsten Ab- und Umsatz (bitte Packungszahlen und Umsatz nennen)?
19. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Verordnungen von Tilidin-Naloxon-Kombinationen verändert, und lassen sich dementsprechend auch Veränderungen auf dem Schwarzmarkt beobachten?
20. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl an Straftaten aufgrund von Weitergabe und Weiterverkauf personengebundener verschriebener Opioiden in den letzten Jahren?
21. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Versorgung durch qualifizierte Schmerztherapeuten und Schmerztherapeutinnen zu verbessern?
22. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Versorgung durch Suchtmediziner und Suchtmedizinerinnen zu verbessern?
23. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um gezielt junge Menschen über Opioidkonsum aufzuklären?
24. Wie hoch ist der Etat, den die Bundesregierung 2024 speziell zur Bekämpfung von Opioidabhängigkeit aufwendet, wie hoch soll dieser laut Haushaltsentwurf 2025 sein, wie hoch war dieser in den letzten zehn Jahren?
25. Gibt es Förderprogramme seitens der Bundesregierung, um Gesundheitspersonal bezüglich der Verabreichung und Verschreibung von Opioiden zu schulen, wie viel Geld stellte die Bundesregierung 2024 dafür zur Verfügung, wie viel soll es laut Haushaltsentwurf 2025 sein, und wie hoch war dieser Etat jeweils in den letzten zehn Jahren?
26. Wie viele Betäubungsmittel (BtM)-Rezepte wurden an Ärzte und Ärztinnen in den vergangenen 20 Jahren ausgegeben (bitte nach Jahr und Bundesland aufschlüsseln)?
27. Welche Aktivitäten vonseiten der Bundesregierung gibt es, um unsachgemäße BtM-Verordnungen z. B. von Fentanyl zu verhindern?
28. Wie viele gefälschte Privat- und Kassenrezepte mit Opioidverordnungen sind in den vergangenen zehn Jahren aufgefallen (bitte wenn möglich nach Jahr, Wirkstoff und Bundesland aufschlüsseln)?
29. Von welcher Dunkelziffer geht die Bundesregierung bei der Beschaffung von BtM über gefälschte Rezepte aus?
30. Wie viele und welche Sanktionen sind nach Kenntnis der Bundesregierung gegen Apotheken ausgesprochen worden, die Betäubungsmittel auf gefälschten Rezepten abgegeben haben?

31. Wie viele Verordnungen entfielen in den vergangenen zehn Jahren jeweils auf Fentanyl, Tilidin, Codein, Buprenorphin, Oxycodon, Hydromorphon and Morphin (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Berlin, den 15. August 2024

Heidi Reichinnek, Sören Pellmann und Gruppe